

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : der verhinderte Gipfel ; Spionage - Sabotage ; Die fällige Entscheidung ; Augenschein in der DDR ; Vom industriellen Aufbau ; Genossenschaftliches Bauerntum
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die von uns bisher Betreuten nach freier Wahl übernommen haben, so daß niemand ohne eine Hilfsstelle bleiben muß. Wir danken besonders der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, welche stets zu Ratschlag und finanzieller Weiterhilfe bereit war, wenn unsere bescheidenen Mittel nicht ausreichten. Nicht zuletzt danken wir vielmals einer treuen Schar von regelmäßigen Spendern an unsere Hilfsaufgaben, ja dem ganzen Schweizervolke, daß es uns ermöglichte, jedes Jahr aus der Flüchtlingssammlung die uns noch weiter nötigen Gelder erwarten zu dürfen.

Der uns beim Rechnungsabschluß verbliebene Saldo kommt gesamthaft der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, im Betrage von Fr. 27 127.82, zur weiteren Verwendung für die Flüchtlingshilfe zu. Es verbleibt dem Leiter zum Abschluß noch bestens seinen Mitarbeitern im Arbeitsausschuß zu danken, welche jeweilen auf ihre Art am Gedeihen des Ganzen mithalfen. Besonders sei noch der treuen Arbeit der jeweiligen Rechnungsführerin gedankt, welche jahraus jahrein eine nicht kleine Arbeit leistete.

Zürich 57, im Juni 1960

Willi Kobe, Pfarrer H. Hölzle-Matter, Esther Kober,
Berta Cortellazzi-Frei, Dr. Christine Ragaz

WELTRUNDSCHAU

Der verhinderte Gipfel Im Vordergrund unseres diesmonatigen Überblicks über die Weltlage muß natürlich das unter so dramatischen Umständen erfolgte *Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz* stehen. Denn dieses Ereignis wirft, seines Sensationscharakters entkleidet, ein so scharfes Licht auf den Stand des Ringens um Krieg oder Frieden, daß es dringend nützt, über seinen Hergang und seine Hintergründe völlige Klarheit zu gewinnen. Dies um so mehr, als von westlicher Seite ein richtiger Lügennebel über die ganzen Vorgänge gebreitet wird, der weitherum eine verhängnisvolle Verwirrung anzurichten geeignet ist.

Die Behauptung der westmächtlichen Propaganda (und ihrer «neutralen» Ableger) ist bekannt: Chruschtschew sei nach Paris gefahren, um unter allen Umständen die Konferenz zu sprengen. Den Vorwand dazu habe ihm der Erkundungsflug der amerikanischen U-2-Maschine über der Sowjetunion geboten; der wahre Grund sei aber, daß seine heuchlerische Koexistenzpolitik an der Einigkeit der Westmächte gescheitert sei und so ihren Zweck verfehlt habe: die freie Welt zu zerteilen und zu zersetzen, damit der Kommunismus seine Herrschaftspläne um so leichter verwirklichen könne.

Diese Darstellung schlägt den Tatsachen geradewegs ins Gesicht. Die Wahrheit, wie ich sie wenigstens, nach sorgfältiger Prüfung aller mir erreichbaren Unterlagen, zu sehen vermag, ist die: Die treibenden Kräfte der westmächtlichen Politik haben von allem Anfang an der von der Sowjetunion mit durchaus ehrlicher Absicht verkündeten Koexistenzpolitik entgegengearbeitet, weil darin die Anerkennung des Dauerbestandes der kommunistisch regierten Staaten in ihrer heutigen Ausdehnung eingeschlossen war, während sie an der Hoffnung festhielten, das kommunistische Regime in den Oststaaten, von der DDR bis China, durch wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Druck zum Einsturz zu bringen, nötigenfalls im Gefolge einer endgültigen kriegerischen Kraftprobe. Als dann die Koexistenzpolitik doch gewisse Erfolge zu zeitigen drohte und die lange sabotierte Gipfelkonferenz unvermeidlich geworden war, taten die Westmächte alles, um zu verhindern, daß in Paris irgendwelche positive Ergebnisse erzielt würden, die der Sowjetunion auch nur eine bescheidene Genugtuung hätten bieten können. Und als Chruschtschew trotz dem skandalösen U-2-Flug der amerikanischen Regierung die Möglichkeit bot, sich halbwegs anständig aus der Affäre zu ziehen, benützten die Lenker der Weltpolitik der Vereinigten Staaten den Zwischenfall planmäßig dazu, die Sowjetführung erst recht vor den Kopf zu stoßen, «die Tür zuzuschlagen, die Chruschtschew aufgemacht hatte» (wie sich Walter Lippmann in der «New York Herald Tribune» und anderen amerikanischen Zeitungen am 18. Mai ausdrückte) und damit die Teilnahme des sowjetischen Ministerpräsidenten an der Konferenz ohne Demütigung unmöglich zu machen.

Sehen wir noch etwas näher zu. Auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz stand die internationale Abrüstung, die Einstellung der Kernwaffenversuche, die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands und vor allem die Frage von Westberlin. An der Beseitigung des unhaltbaren Zustandes in Westberlin lag und liegt der Sowjetunion besonders viel, ebenso wie natürlich auch, wenn gleich zum Teil aus anderen Gründen, der Regierung der DDR. Noch im Dezember 1958 zeigten sich zwar die NATO-Mächte bei ihrer Tagung in Paris völlig abgeneigt, der Sowjetunion irgendwie entgegenzukommen. Mit der Moskauer Reise des britischen Ministerpräsidenten Macmillan und dem Tod von John Foster Dulles, des amerikanischen Außenministers, schien sich jedoch die westliche Starrheit zu lockern. Die darauf folgende Genfer Außenministerkonferenz rückte geradezu eine westöstliche Verständigung über Berlin in die Nähe, und die Unterredungen die Chruschtschew im Herbst letzten Jahres mit Präsident Eisenhower hatte, bestärkten den sowjetischen Ministerpräsidenten vollends in der Überzeugung, daß die Politik der Vereinigten Staaten aufrichtig einer Überwindung des Kalten Krieges zustrebe, die internationale Abrüstung fest ins Auge fasse und der «anormalen Lage Westberlins» (die Worte Eisenhowers selbst!) ein Ende zu machen entschlossen sei.

Nur zu bald erwies sich aber, daß es nicht Eisenhower war, der die amerikanische Außenpolitik bestimmte, sondern ganz andere Kräfte — Kräfte, die nicht die *Beendigung*, sondern die *Verschärfung* des Kalten Krieges wollten und der ganzen Koexistenz- und Entspannungspolitik mit allen Mitteln entgegenarbeiteten. Es war neben den Militärführern und Rüstungsinteressenten der USA besonders die Regierung Adenauer-Strauß, die dank der immer stärker gewordenen militärischen und wirtschaftlichen Stellung Westdeutschlands innerhalb der westlichen Welt eine unheilvolle Rolle im Widerstand gegen die «Aufweichung» der Westfront spielte. Die NATO-Konferenz vom Dezember 1959 widerrief so die Zugeständnisse, die der Sowjetunion an der Genfer Außenministertagung gemacht worden waren; auf Drängen de Gaulles wurde die Gipfelkonferenz um ein halbes Jahr verschoben, und Adenauer verkündete von neuem die «geschichtliche Sendung» Westdeutschlands, die europäische Kultur gegen die östliche Barbarei zu verteidigen . . .

Chruschtschew, der schon im September 1959 auf die Quertreibereien der amerikanischen Scharfmacher hingewiesen hatte, wurde so immer mißtrauischer, und als ihm dann im April General de Gaulle in Paris kühl eröffnete, daß von westmächtlichen Zugeständnissen in der deutschen und besonders der Berliner Frage keine Rede mehr sein könne, als dann zum Überfluß auch die NATO-Konferenz in Istanbul die völlig negative Haltung bestätigte, auf die sich die westmächsliche Diplomatie gegenüber den sowjetischen Vorschlägen geeinigt hatte, da mußte es der Sowjetführung endgültig klar sein, daß der «Geist von Camp David» tot war und von der Gipfelkonferenz, der sie mit soviel Eifer und Geduld den Weg bereitet hatte, nichts mehr zu erwarten war. Eisenhower, der ohnehin nicht mehr lange Präsident sein wird, hatte nichts mehr zu sagen; die Vereinigten Staaten nahmen die Kernwaffenversuche neuerdings auf; der britische Abrüstungsplan wurde auf die Seite geschoben, und ein Friedensvertrag mit einem geeinigten Deutschland, ja nur eine Entmilitarisierung Westberlins erschien als hoffnungslose Utopie.

Chruschtschew hatte schon immer mit einer gewissen Gegnerschaft seiner eigenen Leute und eines Teils der Verbündeten der Sowjetunion, namentlich Chinas, zu rechnen, die nicht an eine ehrliche Bereitschaft der Westmächte zu einer Politik friedlichen Zusammenlebens und friedlichen Wettbewerbs der östlichen und der westlichen Welt glaubten. Jetzt mußte er sich — zu spät — selber überzeugen, daß er diese Bereitschaft weit überschätzt und die Stärke der Gegenkräfte gegen alle Verständigung mit der Sowjetunion (und mit China) ebenso sehr unterschätzt hatte. Kann man ihm daraus einen großen Vorwurf machen? Hier, in den «Neuen Wegen», ist immer und mit wachsendem Nachdruck auf diese düsteren Kräfte hingewiesen und vor einem vorzeitigen Optimismus gewarnt worden. Und in der DDR, in der ich vor der Gipfelkonferenz und bis zu ihrem Scheitern weilte, antwortete ich

auf die Frage, was ich von Paris erwarte, jeweilen geradeheraus: «Überhaupt nichts.» Die zahllosen Resolutionen und Aufrufe, die von allen möglichen Körperschaften in der DDR im Blick auf den «Gipfel» verbreitet wurden, schienen mir mit ihren noch so wohlgemeinten Forderungen und Wünschen gänzlich wirklichkeitsfremd zu sein. Aber wenn Chruschtschew dennoch, wider allen Augenschein, an der Hoffnung festhielt, in Paris etwas zu erreichen (und sei es auch nur die westliche Zustimmung zu weiteren Zusammenkünften auf höchster Ebene), so tat er nur seine Pflicht. Der Vorkämpfer der Koexistenzpolitik durfte die Gipfelkonferenz nicht ohne ganz zwingenden Grund fallen lassen. Dieser Grund wurde ihm nun aber durch den amerikanischen Spionageflug vom 1. Mai in aller Form geliefert.

Spionage – Sabotage

Es war ein *wirklicher* Grund, kein bloßer Vorwand, wie es im Westen jetzt fast überall heißt. Denn der Flug der U-2-Maschine von der Türkei aus über die Sowjetunion hin, mit einem Flugplatz in Norwegen als Ziel, war eine so krasse, vorbedachte Verletzung der sowjetischen Gebietshoheit und damit eine derart offenkundige amerikanische Angriffshandlung, daß es keinerlei künstliche Aufbauschung brauchte, um am Vorabend der Gipfelkonferenz die Frage stellen zu lassen, ob es jetzt noch irgendeinen Sinn habe, mit der Regierung der Vereinigten Staaten über Abrüstung und friedliche Koexistenz zu verhandeln. Wie hätte man denn in Amerika und in der übrigen westlichen Welt reagiert, wenn unmittelbar vor der Pariser Tagung ein sowjetisches Spionageflugzeug über den Vereinigten Staaten erwischt und abgeschossen worden wäre? Vielleicht hätte der Oberkommandant der amerikanischen Luftwaffe in der panikartigen Furcht vor einem russischen Überraschungsangriff, in der (angeblich oder wirklich) die Militärführung der USA lebt, geradezu auf den berühmten Knopf gedrückt, der den atomaren Weltkrieg ausgelöst hätte. Auf jeden Fall aber wäre eine unsagbare Empörung über die «schamlose Herausforderung» von seiten der Sowjetunion durch die «freie Welt» gebraust und der Beweis für die kriegerischen Absichten der Moskauer Gewalthaber als endgültig erbracht erklärt worden. Die Gipfelkonferenz wäre sehr wahrscheinlich sofort abgesagt worden.

Auch in der Sowjetunion und weit darüber hinaus entstand große Empörung. Aber die Regierung verhielt sich bemerkenswert nüchtern. Wenn man die Erklärungen liest, die Chruschtschew in seinem Vortrag vor dem Obersten Sowjet am 5. Mai und in seinem Schlußwort vom 7. Mai über den Flugzeugzwischenfall abgegeben hat, so bekommt man den bestimmten Eindruck, daß er nicht versuchte, die Angelegenheit künstlich zu dramatisieren, um den Vorwand für eine Absage an die Gipfelkonferenz zu schaffen. Bei allem Ernst, mit dem er den Zwischenfall behandelte, betonte er im Gegenteil wiederholt, daß es gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten seien, die mit diesem

Spionageflug die Konferenz zu hintertreiben suchten, während die Sowjetunion sich an die Regierung der USA wende mit dem Begehren, den Kalten Krieg zu beenden. «Wir haben», so hob er hervor, «trotz den Angriffshandlungen, die unserem Land gegenüber verübt wurden, die freundschaftlichen Begegnungen nicht vergessen, die wir während des Besuches in Amerika hatten.» Der Flugzeugzwischenfall werde vor den Sicherheitsrat gebracht werden, während auf der Gipfelkonferenz «das Wesen der wichtigen Probleme zur Sprache komme, die eine Lösung erheischen».

Auch der Umstand, daß der Sowjetregierung schon früher amerikanische Erkundungsflüge über ihrem Gebiet bekannt geworden sind, ohne daß sie sich darüber beschwerte, beweist nicht, daß der letzte Flug nur zu dem Zweck aufgegriffen wurde, um gegen die Abhaltung der Pariser Konferenz ausgeschlachtet zu werden. Den Spionagecharakter der früheren Flüge, so bemerkte Chruschtschew, habe die Sowjetunion nicht beweisen können; seit dem 1. Mai aber habe sie unwiderlegliche Beweise dafür in den Händen.

Kurz, in Moskau legte man es keineswegs auf eine Sprengung der Pariser Tagung an (dagegen spricht übrigens auch der neue Abrüstungsplan der Sowjetunion, der zwar erst nach der Gipfelkonferenz veröffentlicht wurde, aber offenkundig für Paris bestimmt war), betrachtete jedoch die schwere Verletzung der sowjetischen Gebietshoheit durch das U-2-Flugzeug unmittelbar vor dem Zusammentritt der vier Regierungshäupter als *Prüfstein*, an dem sich erweisen müsse, ob es den Vereinigten Staaten mit ihrer «Friedenspolitik» wirklich Ernst sei und ob Präsident Eisenhower die Kraft habe, die Scharfmacher abzuschütteln und im Geist von Camp David mit Chruschtschew auch in Paris zu verhandeln. Der sowjetische Regierungschef war sichtlich bemüht, es dem amerikanischen Präsidenten zu erleichtern, von dem Unternehmen des Militärfliegers Powers abzurücken. Er versicherte wiederholt, er halte Eisenhower für durchaus ehrlich und glaube nicht, daß er etwas von den Spionageflügen gewußt habe; sogar in seiner Moskauer Rede vom 28. Mai sagte er noch, er sei nach wie vor überzeugt, daß Eisenhower nicht auf dem laufenden über die Erkundungsoperationen seiner Luftwaffe gewesen sei. Was hätte darum näher gelegen, als daß Eisenhower, wie es in solchen Fällen üblich ist, den Zwischenfall bedauert, eine höfliche Entschuldigung ausgesprochen und Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse für die Zukunft gestellt hätte?

Aber wiederum hatte Chruschtschew nicht mit den *wahren* Regierern Amerikas gerechnet, die wohl gegenüber Kuba erst vor kurzem noch eine Entschuldigung für die Überfliegung von dessen Staatsgebiet durch ein amerikanisches Militärflugzeug zugelassen hatten, aber der Sowjetunion gegenüber entschlossen waren, keinerlei versöhnliche Gebärde zu machen, vielmehr sie in aller Form demütigen wollten. Da sie anfangs nicht wußten, daß der amerikanische Pilot

lebend und mit sämtlichen Beweisstücken für seinen Spionageauftrag in die Hand der Russen gefallen war, verlegten sie sich zuerst aufs Lügen und stellten mit Vorbringung erfundener flugtechnischer Einzelheiten, über deren Einfältigkeit man nur lachen kann, die ganze Sache als etwas verunglückten Versuch dar, die Witterungsverhältnisse im türkisch-sowjetischen Grenzgebiet zu erkunden, wobei der Pilot — ein Zivilist — das Bewußtsein verloren und sich verirrt habe . . . Als dann Moskau mit seinen Gegenbeweisen herausrückte, wechselte Washington die Taktik. Jetzt erklärte Staatssekretär Herter — es war am 11. Mai —, diese Flüge gehörten zur amtlichen Militärpolitik der Vereinigten Staaten und würden so lang fortgesetzt werden, bis die Sowjetunion ihre militärischen Einrichtungen ausländischer Kontrolle unterstelle. Auf andere Art und Weise könnten die Vereinigten Staaten nicht diejenigen Nachrichten über die sowjetischen Rüstungen gewinnen, die sie unbedingt brauchten, um einen Überraschungsangriff abzuwehren.

Damit verhinderten Herter und seine Hintermänner nicht nur Eisenhower, von sich aus eine Entschuldigung auszusprechen, sondern zwangen auch Chruschtschew, nunmehr in aller Form zu verlangen, daß die Regierung der USA ihr Bedauern über den U-2-Flug äußere, die Einstellung aller ähnlichen Unternehmungen verspreche und die Bestrafung der unmittelbar Verantwortlichen zusichere, falls die Pariser Konferenz überhaupt noch solle stattfinden können. Hätte Chruschtschew anders gehandelt, so hätte er das amerikanische Recht zu eigenmächtigen fliegerischen Angriffshandlungen anerkannt und wäre als verantwortlicher Staatsmann einer Großmacht ersten Ranges unmöglich geworden. Es wäre wohl richtiger gewesen, Chruschtschew hätte unter diesen Umständen nun wirklich auf die Pariser Reise verzichtet, konnte er doch nicht hoffen, daß Eisenhower seine Bedingungen für die Abhaltung der Konferenz annehmen würde. Trotzdem flog er am 14. Mai (Samstag) in die französische Hauptstadt — nicht um auf jeden Fall die Konferenz zu sprengen, sondern um zu retten, was noch zu retten war, soweit es ohne Demütigung der Sowjetunion möglich wäre. Am nächsten Tag suchte er nach de Gaulle insbesondere Macmillan auf, der eine wenigstens formale Rettung der Konferenz für möglich zu halten schien, falls Eisenhower in die Einstellung der Spionageflüge und irgendeine Entschuldigung einwilligen würde, wie es Chruschtschew wünschte.

Eisenhower sagte denn auch am Montagvormittag die Einstellung der Flüge *für den Rest seiner Präsidentschaftszeit* zu, aber abgesehen davon, daß dieses Zugeständnis zu spät kam und der Sowjetunion auch keinerlei Sicherheit für die Haltung von Eisenhowers Nachfolger bieten konnte, war die Stimmung in der amerikanischen Delegation so, daß an die Schaffung einer erspriesslichen Konferenzatmosphäre gar nicht mehr zu denken war. Bereits waren die USA-Streitkräfte in Alarmzustand versetzt worden; General de Gaulle trat endgültig auf

die Seite der «Harten», die von keinerlei Entgegenkommen an die Sowjetunion etwas wissen wollten; und als die drei westlichen Regierungschefs am Dienstag Chruschtschew vor die Wahl stellten, entweder an einer für nachmittags drei Uhr anberaumten Sitzung teilzunehmen (was als Zurückziehung seiner Forderungen zu gelten hätte) oder aber die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz auf sich zu nehmen, entschloß er sich für das Zweite, um der Demütigung zu entgehen, die ein Rückzug aus seiner bisherigen Stellung bedeutet hätte.

Es war ein durchtriebenes, bössartiges Spiel, das die amerikanischen Scharfmacher spielten (mit Duldung oder offener Guttheißung der britischen und französischen Vertreter). Die Lage war ja geradezu grotesk: Chruschtschew hatte seit vielen Monaten auf die Abhaltung einer Gipfelkonferenz gedrängt und ihre Einberufung schließlich auch gegen alle westlichen Widerstände durchgesetzt, merkte aber zu spät, daß die Westmächte gar nicht ernstlich verhandeln — und das heißt doch: der Sowjetunion auf halbem Weg entgegenkommen — *wollten*, und wurde nun von diesen in eine Sackgasse hineinmanövriert, aus der er ehrenhaft nur herauskommen konnte, wenn er sich dem klug präparierten Vorwurf aussetzte, daß *er* die Konferenz nicht mehr wolle. Die Westmächte konnten so — die Welt will eben getäuscht sein — als die Verständigungswilligen posieren, denen zu ihrem großen Leidwesen der Konferenzboden unter den Füßen weggezogen worden sei. Und Chruschtschew, dem so raffiniert das Odium für den formellen Abbruch der Konferenz (noch vor ihrem eigentlichen Anfang) zugeschoben wurde, trug durch seine nachfolgenden rednerischen Ausschweifungen noch selbst zu dem von den westmächtlichen Regisseuren gewollten Eindruck bei, daß *er* der große Schuldige sei, während es in Wahrheit die amerikanischen Gegner aller friedlichen Koexistenz von West und Ost sind, die für das Pariser Fiasko verantwortlich gemacht werden müssen — sie, die die Luftspionage ihrer Militärs so geschickt zum Werkzeug der Sabotage der verhaßten Gipfelkonferenz zu machen verstanden.

Die fällige Entscheidung

Das eine Gute hat das Scheitern einer ersten Gipfelkonferenz immerhin gebracht: es hat für jeden, der sehen *will*, völlige *Klarheit* über die Kräfte geschaffen, die die Politik der Westmächte wirklich beherrschen. Und das sind eben nach wie vor diejenigen kapitalistisch-militaristischen Gruppen mitsamt ihrem «ideologischen» Anhang in anderen Lagern (eingeschlossen die Mehrzahl der verbürgerlichten Kirchen), die kein Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit der kommunistischen Welt wollen, sondern auf deren Zusammenbruch oder gewaltsame Zurückwerfung und «Unschädlichmachung» spekulieren. Und die entscheidende Aufgabe der absehbaren Zukunft ist es darum, *diese* Kräfte unschädlich zu machen, würden sie uns doch mit völliger Sicher-

heit in die atomare Weltkatastrophe hineinführen, wenn ihnen die Völker weiterhin freie Hand gäben.

Was soll nun aber praktisch geschehen? Man hat die Befürchtung geäußert, die Sowjetunion werde eigenmächtig durchzusetzen suchen, was sie durch Verhandlungen nicht mehr zu erreichen hoffen könne. Chruschtschews Berliner Rede spricht — mindestens in bezug auf die deutsche Frage — gegen diese Annahme. Der sowjetische Regierungschef läßt die Tür zu Verhandlungen weiter offen und meint sogar in sechs bis acht Monaten zu einer neuen Gipfelkonferenz antreten zu können. Aber wenn er sich darin wieder täuscht — was dann? Wird dann Chruschtschew seine Drohung wahr machen, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland abzuschließen, das seinerseits das «Berliner Loch» für die Abwanderung nach dem Westen zumachen und den Westmächten den Zugang zu Westberlin sperren würde — mit allen schweren Folgen, die daraus entstehen müßten? Oder ruft die Sowjetunion nochmals die Vereinten Nationen an? Die Ablehnung ihres Begehrens, die amerikanischen Spionageflüge zu verurteilen, durch den Sicherheitsrat läßt wenig Hoffnung darauf, daß die Sowjetunion in dieser wie in den anderen Streitfragen Genugtuung durch die Generalversammlung erhalten wird. Die Folge wird dann sein, daß im Ostlager ebenfalls eine Versteifung eintritt und die «chinesische Linie» durchdringt, das heißt die Haltung derjenigen, die an keine Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit den Westmächten glauben und alles auf die revolutionäre Karte setzen, namentlich auf die umwälzenden Wirkungen des Befreiungskampfes der unterentwickelten Völker, der immer entschlossener unterstützt werden müsse.

Im Ostlager wird man trotzdem nichts überstürzen. Man wird — bei aller planvollen Tätigkeit — warten können. Denn es ist wohl so, wie Paul Johnson im «New Statesman» (28. Mai) schreibt: «Die Zeit arbeitet für Chruschtschew. Schon herrschen starke Zweifel in bezug auf Amerikas Bereitschaft, sich um Berlins willen der atomaren Vernichtung auszusetzen. Und in dem Maße, da sich das militärische Schwergewicht weiterhin zugunsten Rußlands verschiebt und die Vereinigten Staaten in die gefährlichen Jahre der ‚Raketenlücke‘ hineinkommen, werden sich diese Zweifel noch verstärken. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Chruschtschew, indem er die Vereinigten Staaten zwang, auf das einzig sichere Mittel zur Feststellung sowjetischer Raketenrampen (Spionageflüge; H. K.) zu verzichten, ein Zugeständnis von großer militärischer Bedeutung herausgeholt hat. Wenn die Wahl einfach zwischen Krieg und einer Münchner Kapitulation steht, muß das Schwergewicht der Gründe unerbittlich zugunsten des Zweiten in die Waagschale fallen. Chruschtschew kann es sich leisten, auf einen zweiten Gipfel zu warten. Können wir es auch? Nur dann, wenn wir uns hier und jetzt an die Arbeit machen, um eine Lösung vorzubereiten, die diese undenkbbare Entscheidung unnötig macht.»

Ja, wenn . . . ! Aber bis jetzt fällt es den Westmächten gar nicht ein,

aus ihrer rein negativen Haltung gegenüber den Notwendigkeiten einer gründlichen west-östlichen Entspannung herauszutreten und durch radikale Abrüstung, Entmilitarisierung Deutschlands und Einbeziehung Chinas (und Indiens) in die internationalen Verhandlungen den Kalten Krieg zu beendigen. Dies, obwohl der Sturz des Regimes Bayar-Menderes in der Türkei und die Verjagung Syngman Rhee aus Südkorea wie der mächtige Widerstand des japanischen Volkes gegen das Militärbündnis mit Amerika den Westmächten zeigen sollte, daß sich auch das *politische* — nicht nur das militärische — Kräfteverhältnis mehr und mehr zu ihren Ungunsten verschiebt und die Stützen des von den Vereinigten Staaten beherrschten weltweiten Allianzsystems immer brüchiger werden, eine Verständigung mit der östlichen Welt also schon ein Gebot der praktischen Vernunft ist. Wohl hält *Macmillan* — mit Worten wenigstens — an seiner Vermittlerrolle fest, aber wenn es zur Entscheidung kommt, ordnet er sich eben doch fügsam der Übermacht Amerikas unter. Wohl macht sich in den *Vereinigten Staaten selbst* eine nicht unerhebliche Kritik, besonders natürlich in der Demokratischen Partei, an der unglaublichen Fehlleistung der Regierung Eisenhower in der Behandlung des U-2-Spionagefluges geltend; aber würde die amerikanische Außenpolitik wirklich auf einen neuen Kurs gebracht werden, falls der Nachfolger Eisenhowers ein Demokrat würde, hieße er selbst Kennedy, der öffentlich erklärte, er bedaure die Spionageflüge und hätte sich bei der Regierung der Sowjetunion anständig entschuldigt? Es müßte schon ein — vielleicht von der Wirtschaft herkommender — gänzlicher Umschwung im politischen Betrieb der Vereinigten Staaten eintreten, wenn so etwas möglich sein sollte. Und dafür fehlen vorderhand noch alle Anzeichen. Denken wir aber erst an *Westdeutschland*, so müssen wir jede Hoffnung auf einen nahen Sturz der unheiligen Allianz von Kapitalismus, Militarismus und Klerikalismus (beider Hauptkonfessionen) aufgeben, die die verhängnisvolle Außenpolitik Adenauers trägt. Auf die Sozialdemokratie ist ja keinerlei Verlaß; Adenauer hatte sogar die Dreistigkeit, von ihr die «bedingungslose Zustimmung» zu seiner Außenpolitik zu verlangen, was angesichts ihres bornierten Antikommunismus wirklich nicht mehr abwegig wäre, aber von ihr vorderhand doch abgelehnt wurde. So wird eben weiterhin für den ganzen Westbund gelten, was Staatssekretär Herter vor der Senatskommission für Auswärtiges von den USA sagte: «Solange die kommunistischen Mächte ihren Kurs nicht radikal änderten, müßten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre bisherige außenpolitische Linie mit erneutem Nachdruck verfolgen.» (Washingtoner Bericht der «NZZ» vom 28. Mai.)

Eine düstere Aussicht, fürwahr! Schließen wir uns darum der Hamburger «Anderen Zeitung» (Nr. 21) an, in der Gerhard Gleißberg warnt: «Die Besinnungspause, die durch die Vertagung der Gipfelkonferenz auf sechs bis acht Monate gewonnen ist, kann die letzte sein. Wird sie nicht genutzt, um den Appell an die Vernunft zu befol-

gen, droht die Katastrophe . . . Mit Blindheit sind die geschlagen, die meinen, man könne die kommenden Monate verstreichen lassen, ohne den Finger zur Lösung der Probleme zu rühren, die gelöst werden müssen, und verbrecherisch ist es, dazu aufzufordern, die kommenden Monate mit neuen Provokationen auszufüllen.»

Augenschein in der DDR

Unsere Leser und Leserinnen werden es mir zuguthalten, wenn ich hier nicht mit der Beleuchtung der sonstigen Weltereignisse fortfahre, vielmehr von den Beobachtungen zu erzählen beginne, die ich auf einer vierwöchigen Reise in der *Deutschen Demokratischen Republik* gemacht habe. Die DDR wird ja ohnehin bei der Weiterentwicklung der west-östlichen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen, so daß es sehr darauf ankommt, ein möglichst wirklichkeitsgemäßes Bild von ihrer Lage zu bekommen. Aus unserer Presse und unserem Radio vernimmt man allerdings — bis tief in die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsorgane hinein — sozusagen nur Schlechtes von der DDR. Ihre wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber der Bonner Republik wird unablässig schadenfroh herausgestrichen; die sozialen und kulturellen Leistungen, die sie buchen kann, werden herabgemindert, und selbstverständlich wird ihr politisches Regime in den düstersten Farben geschildert. Nun fallen gewiß Mängel, Fehler und Unzulänglichkeiten in der DDR dem Besucher ohne weiteres zahlreich in die Augen, und unsere Zeitungen und Eintagsreisenden reden ausgiebig und fast ausschließlich von ihnen. Wovon sie aber kaum reden, das sind drei oder vier ganz sichere Tatsachen, die für die DDR sprechen.

Erstens: Die DDR hat bedeutende, ja epochemachende *gesellschaftliche Neuerungen* durchgeführt. Sie hat den Großgrundbesitz auf ihrem Gebiet restlos aufgeteilt und damit dem gemeinschädlichen östlichen Junkertum mit seinen Ablagen in Staat und Armee im eigentlichen Sinn den Boden entzogen. Sie hat den Industrie- und Finanzkapitalismus durch die Sozialisierung der entsprechenden Betriebe überwunden. Von Nazismus und Antisemitismus sind in ihrem öffentlichen Leben kaum noch Spuren übrig geblieben. Die Sozialfürsorge, namentlich auch der Gesundheitsdienst, ist (mit empfindlichen Lücken, gewiß) vorbildlich ausgebaut. Im Schulwesen ist das Bildungsmonopol gebrochen und eine Umgestaltung im Gang, von der auch im Lande Pestalozzis einiges zu lernen wäre. In all dem ist die Richtung auf den Sozialismus, die klassenlose Gesellschaft, unverkennbar.

Zweitens: Die *Lebenshaltung* der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren stark gehoben. Nachdem für eine tragfähige Schwerindustrie die Grundlagen geschaffen sind, wird der Herstellung von Verbrauchsgütern größte Förderung zuteil, und die vielen reich ausgestatteten Läden und Kaufhäuser, in denen regster Zuspruch herrscht, legen schon jetzt Zeugnis für den Fortschritt ab, der hier erzielt worden ist. Die Absicht, schon in ganz wenigen Jahren in den hauptsäch-

lichen Verbrauchsgütern den Stand des Konsums in der westdeutschen Bundesrepublik zu erreichen, hat unter diesen Umständen nichts Utopisches an sich. Die Löhne sind nach meinen Begriffen weithin gut bis sehr gut, besonders wenn man berücksichtigt, daß dank den sozialen Hilfseinrichtungen vielfach auch die Frauen ohne Vernachlässigung der Familie mitverdienen können. Die jungen Arbeiter verdienen sogar oft mehr, als sie auf gesunde und anständige Art ausgeben können.

Drittens: Die wirtschaftlichen Rückstände, die in der DDR anzutreffen sind, erklären sich zum großen Teil durch die gegenüber der Bundesrepublik *ungünstige Ausgangslage*, in der die DDR ihren Aufbau nach dem Krieg beginnen mußte (fast vollständiger Mangel an bisher genutzten Rohstoffen; wenig Schwerindustrie; schwache Landwirtschaft; Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion, usw.). Wenn dennoch die DDR ihre Volkswirtschaft auf den mehr als achtenswerten Stand gebracht hat, den sie heute einnimmt, so kann man *hier* viel eher von einem Wirtschaftswunder reden als in bezug auf Westdeutschland, das nach dem Krieg günstigere Verhältnisse vorfand und zudem amerikanische Kapitalhilfe in reichstem Maße genoß und weiterhin genießt.

Und viertens: Das *politische* Regime der DDR könnte längst viel freiheitlicher und demokratischer sein, wenn der ostdeutsche Staat nicht weit mehr als die übrigen Volksrepubliken vom Westen her mit allen denkbaren Mitteln bekämpft und unterwühlt würde. Die Zwangs- und Diktaturmaßnahmen, die er ergriffen hat, sind zu einem ganz großen Teil einfach Schutz- und Abwehrmaßnahmen, die in dem Maße abgebaut werden könnten, da die Westmächte und die Bonner Republik die Tatsache des Bestehens einer Deutschen Demokratischen Republik politisch anerkennen und mit ihr über die Schaffung eines friedfertigen deutschen Einheitsstaates mit politischer *und* sozialer Demokratie verhandeln würden.

Vom industriellen Aufbau Raumeshalber kann hier von den so eindrucksvollen Fortschritten der ostdeutschen Industrie nur in Stichworten geredet werden*. Die gesamte Wirtschaft mußte auf die Verwendung von *Braunkohle*, des wichtigsten Rohstoffes der DDR, umgestellt werden. Mittelpunkt der Braunkohlenverarbeitung ist das imposante Kombinat «Schwarze Pumpe» in der Oberlausitz mit drei Kraftwerken, drei Brikettfabriken, einer Großanlage für Fasererzeugung und zahlreichen Nebenanlagen. Schon seit fünf Jahren steht übrigens die DDR an der Spitze der Braunkohlenförderung und -verarbeitung in der Welt. Besonders unentbehrlich ist Braunkohle für die *Chemieindustrie*, deren Ausbau ein Hauptanliegen des dritten Fünfjahrplanes der DDR (1961 bis 1965) ist. Ihre

* Näheres darüber wie über die anderen Aspekte der DDR in einer Artikelreihe, die gegenwärtig im «Zeitdienst» (Postfach, Zürich 38) erscheint.

Bruttoerzeugung wird bis 1965 um mehr als 60 Prozent steigen, die Erzeugung von Kunststoffen auf 250 Prozent. Die Produkte der Leuna- und Buna-Werke wie auch anderer Chemiebetriebe der DDR sind weltbekannt; in Coswig entsteht das größte Schwefelsäurewerk der Welt. Da Chemie heute in unzählige Fertigwaren eingeht, wird daraus ein mächtiger Aufschwung des Güterverbrauchs der Gesamtbevölkerung erwachsen, zumal die große Erdölleitung, die jetzt von der Sowjetunion west- und südwärts gelegt wird, jede Minute 10 Tonnen Petrol in die DDR fließen lassen wird.

Eine *Metallindustrie* größeren Ausmaßes gab es früher auf dem Gebiete der DDR fast gar nicht. Seit Kriegsende entstehen nun aber überaus leistungsfähige Stahlwerke, so daß (unter Einrechnung des aus der Sowjetunion kommenden Stahls) die DDR, gegenüber 4,5 Millionen Tonnen im laufenden Jahr, 6 Millionen Tonnen Stahl im Jahr 1963 zur Verfügung haben wird und schon heute über dreimal soviel metallurgische Erzeugnisse herstellt wie 1950. Das Hüttenwerk in StalinStadt — dieser in kärglichster Steppenlandschaft aus dem Erdboden erwachsenden jungen Stadt, ganz nahe der polnischen Grenze, von schon jetzt über 30 000 Einwohnern — gab mir einen Begriff von den Zukunftsmöglichkeiten der ostdeutschen Schwerindustrie, die technisch auf letzter Höhe steht. In die Leistungen der Maschinen- und Apparateindustrie nahm ich Einblick bei Bergmann-Borsig in Berlin (Energienmaschinen, Ausfuhr fast gänzlich nach China) und in den Zeißwerken in Jena, diesem Wunder von wissenschaftlich-technischer Präzisionsarbeit, Kunstfertigkeit und höchster Vollendung.

Was soll ich noch sagen über den *Kraftwerksbau* (eingeschlossen das erste Atomkraftwerk Deutschlands für elektrische Energie, das bei Berlin im Bau ist), über die junge *Nickelindustrie*, die *Textil- und Lederindustrie* und all die anderen wichtigeren Großgewerbe? Überall der gleiche Aufbaueifer, der gleiche Arbeitswille, die gleiche Leistungssteigerung. Bis zur Erfüllung der dritten Fünfjahrpläne wird so die Industrieproduktion auf mindestens 150 Prozent der vorhergehenden Leistung angewachsen sein. Das bedeutet, daß dann die Industrie der DDR fast doppelt soviel erzeugen wird wie 1957. Nicht vergessen will ich den Wiederaufbau der ostdeutschen *Hochseeschifffahrt*, von dem die neue, riesige Warnow-Werft in Rostock und der mächtige, teilweise schon im Betrieb befindliche Ostseehafen dieser Stadt (die im Krieg furchtbar gelitten hat) für mich das augenfälligste, ein geradezu begeisterndes Zeugnis waren.

Genossenschaftliches Bauerntum

Besonders viel ist bei uns in den letzten Monaten über die *Landwirtschaft* in der DDR geschrieben worden, im Zusammenhang mit der forcierten hundertprozentigen Vergenossenschaftlichung der Bauernbetriebe, die nach Zweck und Mitteln heftig kritisiert wurde. Auch die «Neuen Wege» haben eine Zuschrift be-

kommen, in der es hieß, die Bauern in der DDR seien zu «Staatsklaven» gemacht worden, denn ein Bauer ohne Grund und Boden sei «kein freier Mann» mehr, sondern «entwurzelt», «seines Wesens beraubt». (Wir können wiederum aus Platzgründen weder diese Zusage ausführlich wiedergeben noch mehr als nur ganz summarisch die Landwirtschaftsfrage in der DDR besprechen.)

Ich halte den Vorwurf der «Staatsklaverei», die den Bauern der DDR aufgezwungen worden sei, für gänzlich verfehlt. Der sogenannte freie Bauer, der auf seinem Hof schalten und walten kann, wie es ihm beliebt, ist für mich alles andere als ein Ideal, so wenig es der «freie Unternehmer» ist, für dessen Erhaltung gegenüber dem Ansturm des Sozialismus und Kommunismus sich jetzt die westliche Welt so leidenschaftlich wehrt. Der Bauer war, dem ganzen Wesen seiner Existenz nach, in früheren Zeiten fast überall (und ist es in manchen Ländern noch heute) in eine oft streng geordnete Gemeinschaft eingegliedert; auf germanischem Boden, namentlich auch in der Schweiz, gehörte er einer Markgenossenschaft an, deren Reste wir in Gestalt der Allmenden, der gemeinsamen Alpweiden usw. noch heute unter uns haben. Der vordringende Wirtschaftsindividualismus und Kapitalismus hat diese Dorfgemeinschaften mehr und mehr aufgelöst und einen Geist des Gewinnstrebens und des Eigennutzes in das Bauerntum hineingetragen, der aller Gemeinschaftlichkeit und auch allem Christentum ins Gesicht schlägt. Die bäuerliche Genossenschaftsbewegung hat diese Fehlentwicklung vielfach korrigiert, aber doch nicht folgerichtig umgebogen; das tut erst die leider zunächst nur in den kommunistischen Ländern verwirklichte Vollkollektivierung der Landwirtschaft, zu der ich *grundsätzlich* aus voller Überzeugung Ja sage.

Ich habe mir in der DDR zwei landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) angesehen, eine ältere und eine eben erst gegründete. Die erste hat ihren Mittelpunkt in Jahna bei Meißen, erfaßt 14 Dörfer mit gegen 2000 Hektaren Nutzfläche und hat 420 Mitglieder, davon 64 in diesem Jahr neugewonnene. Der Boden gehörte ehemals landhungrigen Kleinbauern und zwei Rittergutsbesitzern, von denen der eine 1955 gesetzlich enteignet wurde, während der andere in den Westen floh und so sein Besitzrecht ebenfalls verlor. Die durch die Bodenaufteilung zu Eigenbesitz gekommenen Bauern begannen sich 1952 zu einer LPG zusammenzuschließen, die — so ist der Zustand heute — jedem Mitglied seinen Hof als Eigentum beläßt, aber volle Gemeinsamkeit in der Bodenbearbeitung und Viehzucht durchführt. Jeder Genossenschaftsbauer kann zwei Kühe, dazu Schweine, Geflügel usw. soviel er will und kann, privat für sich behalten, aber im übrigen sorgen gemeinsam beschlossene Einrichtungen und Maßnahmen für die rationellsten Anbau- und Zuchtmethoden: Rinderställe mit zentraler Milchhalle, Kälberstall, Schweinemästerei, Hühnerfarm, Brüterei, Schweinezuchtställe, Düngerschuppen usw. Die Erträge sind dadurch in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert worden, bei

Weizen zum Beispiel von 36 Doppelzentnern je Hektare im Jahr 1952 auf 41 Doppelzentner im vergangenen Jahr. Noch größere Fortschritte sind in der Produktion von Milch, Milchprodukten sowie Fleisch erzielt worden, teilweise bis zu 200 beziehungsweise 400 Prozent.

Die ganze Siedlung mit ihren neuen Einfamilienhäusern macht einen blühenden Eindruck. Die Bauern rühmen ihre geregelte Arbeitszeit (mit Ferien in den Wintermonaten) und die Sicherheit des Absatzes und des erhöhten Verdienstes, die sie nun genießen. Was mir besonders wertvoll erscheint, sind die Erleichterungen für die früher so arg geplagten Bäuerinnen: Kinderkrippe, Kindergarten und Kinderhort, Wäscherei (85 Pfennige das Kilo); gerade während meines Besuches war eine Gruppe von Bauernfrauen aus der Nachbarschaft da, um die neuen Einrichtungen kennenzulernen, und ich bin sicher, sie werden solche Dinge auch in ihrem Dorf schaffen. Dazu kommen noch die kulturellen Neuerungen: Bibliothek, Filmdarbietungen, Theaterbesuch in der nahen Stadt — kurz, ich wundere mich nur, daß die 64 Bauern, die bisher der LPG nicht angehörten, erst jetzt beigetreten sind.

Gewiß sind lange nicht alle LPG auf der gleichen Höhe wie Jahna, und das erklärt zu einem großen Teil die Widerstände gegen die Vollkollektivierung, Widerstände, die mit Druck von oben und außen brechen zu wollen ein schwerer Fehler war. Es wäre viel besser gewesen, den Außenseitern noch ein oder zwei Jahre Zeit zu geben, um die in die Augen springenden Vorteile der Vergenossenschaftung — die letzten Endes die einzige Rettung der Kleinbauern darstellt — kennen zu lernen. Ich zweifle nicht, daß die vielfach angewandten groben «Überredungsmittel» häufig das Gegenteil der gewollten Wirkung hatten und zahlreiche Bauern zur Flucht in den Westen (in einzelnen Fällen sogar in den Tod) trieben. Aber ich weiß auch, daß diesem Unfug rasch gesteuert wurde, und bin überzeugt, daß die allermeisten Neueintritte in die LPG einfach der Einsicht in die Notwendigkeit eines rationelleren Wirtschaftsbetriebes und in den handgreiflichen Nutzen entsprangen, den die Genossenschaft jedem Mitglied bringt. Das bestätigten mir auch die Leiter einer ganz jungen Genossenschaft (sie heißt sich nach einer volkstümlichen Figur «Käp'n Braß») im mecklenburgischen Bezirk Rostock, die 30 Mitglieder mit zusammen 170 Hektaren Land zählt. Hier sieht man noch nichts von den Gemeinschaftsanlagen der älteren Genossenschaften, aber man *weiß* davon und erwartet von ihnen auch hier die Vorteile für den Einzelnen, die man anderwärts errungen sieht. Daß es bei der Gründung dieser LPG keiner verwerflichen Zwangsmethoden bedurfte, glaubte ich den Bauern, mit denen ich redete, ohne weiteres.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften stellt der DDR noch große Aufgaben. Aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Planung *muß* eben auch die Landwirtschaft modernisiert

und auf großräumige Produktion umgestellt werden. Und die Einsicht in diese Notwendigkeit wird wesentlich mithelfen, die alteingewurzelte individualistische Denk- und Verhaltensweise der Bauern umzuformen und aus ihnen Menschen zu machen, die, statt ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft «frei» drauflos zu wirtschaften und sich samt ihren Frauen und Kindern dabei halbtot zu schinden, nunmehr gleichberechtigte Teilhaber und Mitbestimmer einer kleinen Gemeinschaft sind, die sich ihrerseits unter guten, würdigen Arbeits- und Daseinsbedingungen in das große Ganze einer sozialistisch ausgerichteten Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft eingliedert.

Im nächsten Heft der «Neuen Wege» gedenke ich noch über einige andere Beobachtungen und Erfahrungen in der DDR zu berichten.

7. Juni

Hugo Kramer

WORTE

Ein Volk lebt — wie der einzelne Mensch — nicht davon, daß es bloß für sich selbst da ist, nur an sich selbst denkt und für sich selbst sorgt, sondern es lebt von dem Dienst an den andern.

Leonhard Ragaz, 1928

Die schweizerische Demokratie und Unabhängigkeit muß vor allem in der Schweiz selbst verteidigt werden, — das ist der Fundamentalgrundsatz aller ernsthaften Arbeit an der Rettung der Schweiz.

Leonhard Ragaz, 1937

Die Gefahr der Armee besteht darin, daß sie uns über die wirkliche Verteidigung der Schweiz hinwegtäuscht. Wir versäumen im Vertrauen auf sie einen entschlossenen Friedenskampf.

Leonhard Ragaz, 1933

Die Geburt der Atombombe war der Anfang und das Ende des amerikanischen Imperialismus. Denn er begann, auf die Bombe zu setzen und nicht auf die Völker. Aber am Ende wird nicht die Bombe die Völker vernichten, sondern die Völker werden die Bombe vernichten.

Ausspruch Mao Tse-tungs in «China von Morgen» von

Anne Louise Strong